

Chronologie

Juli / August 2008*

Juli

1.7. Zum 1. Juli beginnt die halbjährige EU-Ratspräsidentschaft Frankreichs. Staatspräsident Nicolas Sarkozy steht in diesem Zeitraum als Vorsitzender dem Europäischen Rat vor. Schwerpunkte der französischen Präsidentschaft sind die Themen Zuwanderung, Landwirtschaft, Energie und Klima sowie Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Nach dem negativen Referendum in Irland sowie der Ankündigung des polnischen Präsidenten Lech Kaczynski am ersten Tag der französischen Ratspräsidentschaft, den EU-Reformvertrag von Lissabon nicht unterzeichnen zu wollen, steht Frankreich vor der Aufgabe, in den kommenden sechs Monaten einen Weg aus der europäischen Krise zu finden.

1.7. Der neue Inlandsgeheimdienst *Direction centrale du renseignement intérieur* (DCRI), der dem Innenministerium unterstellt ist, nimmt seine Arbeit auf. Er geht aus der Fusion der beiden Inlandsgeheimdienste RG und DST hervor. Im Zentrum seiner Arbeit steht die Informationsbeschaffung zur Bekämpfung von Terrorismus und Spionage. Darüber hinaus wird der Posten eines Geheimdienstkoordinators im Elysée-Palast geschaffen, dem die DCRI sowie drei Nachrichtendienste des Verteidigungsministeriums unterstellt sind.

1.7. Nach einem Zwischenfall während einer Militärschau in Carcassonne, bei der ein Unteroffizier irrtümlich mit scharfer Munition statt mit Übungsmunition in die Zuschauermenge geschossen und 17 Menschen verletzt hatte, tritt der Generalstabschef des französischen Heeres, Bruno Cuche, zurück.

2.7. Über die Frage einer von Staatspräsident Sarkozy geforderten Reform des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, die auch ein Verbot von Werbung einschließen soll, kommt es zu einer Konfrontation zwischen Sarkozy und dem Intendanten von *France Télévisions*, Patrick de Carolis. Dieser bezeichnet in einem Interview mit RTL den Vorwurf Sarkozys, das öffentlich-rechtliche Fernsehen unterscheide sich kaum von den Privatsendern und könne sich qualitativ verbessern, als „falsch, dumm und ungerecht“.

3.7. Die seit dem Jahr 2002 von der kolumbianischen Guerilla-Organisation FARC festgehaltene ehemalige Präsidentschaftskandidatin Kolumbiens, Ingrid Betancourt, ist frei. In einer Geheimaktion des kolumbianischen Militärs werden 14 Geiseln befreit. Betancourt, die neben der kolumbianischen auch die französische Staatsbürgerschaft besitzt, dankt bei ihrer Ankunft in Bogota dem kolumbianischen und dem französischen Volk sowie den beiden Präsidenten Uribe und Sarkozy für die langjährige Unterstützung.

5.7. Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) feiert sein 45-jähriges Bestehen. Es war am 5. Juli 1963 in der Folge des Elysée-Vertrages gegründet worden. Seither zählen die Förderung von Jugend- und Universitätsaustauschprogrammen sowie Sprachförderung zu den zentralen Aufgaben des Jugendwerks.

7.7. Beim EU-Gipfel in Cannes verabschieden die Innenminister der 27 EU-Mitgliedstaaten einen ursprünglich von Frankreich eingebrachten Vorschlag für einen „Pakt zu Einwanderung und Asyl“. Entgegen

* Zusammengestellt von Katrin Sold, Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

dem französischen Vorschlag erlaubt der Pakt jedoch breit angelegte Legalisierungsmaßnahmen illegaler Einwanderer aus wirtschaftlichen und humanitären Gründen. Insbesondere Spanien setzt sich hierbei gegen die Forderungen der französischen Ratspräsidentschaft durch. Der Pakt umfasst außerdem Regelungen für eine verschärfte Abschiebungspolitik, strengere Regelungen der legalen Zuwanderung sowie Maßnahmen zur verstärkten Kontrolle der EU-Außengrenzen.

8.7. Der Pariser Stadtrat stimmt einer Veränderung des Städtebaugesetzes zu, nach der die Gebäudehöhe im Stadtgebiet ab dem Jahr 2009 bis zu 50 Meter statt die bisherige Maximalhöhe von 37 Metern betragen darf. Die sozialistische Mehrheit im Stadtrat nimmt gegen Proteste der Opposition aus UMP und den Grünen die Änderungsanträge an. Bereits für sechs Baustellen im 12., 13., 15., 18. und 20. Arrondissement bestehen konkrete Planungen.

8.7. Bei einem Zwischenfall im Atomkraftwerk Tricastin nahe Avignon treten etwa 30 000 Liter radioaktive Uranlösung aus und gelangen in angrenzende Flüsse. Die Atomaufsicht verhängt ein Bade- und Fischverbot für die Region. Laut Unternehmensangaben enthält die Flüssigkeit nur eine geringe Konzentration nichtangereicherter Uraniums. Kritik gibt es vor allem an der Informationspolitik der Betreiberfirma Socrati, einer Tochterfirma des Atomenergiekonzerns Areva, die erst nach mehreren Stunden die Atomaufsichtsbehörde über den Vorfall informiert hatte.

10.7. Nach dem Parlament stimmt auch der Senat mit der Stimmenmehrheit der Regierungspartei UMP und den Stimmen der Zentristen dem neuen Gesetz zur Modernisierung der Wirtschaft zu. Zentrale Ziele des Gesetzes sind eine Wachstumssteigerung um 0,3 % im kommenden Jahr, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie der Rückgang der Inflation. Als wichtige Maßnahmen zur Umsetzung der genannten Ziele gelten beispielsweise eine Ausweitung der genehmigungsfreien Ladenfläche von Geschäften von 300 auf 1 000 Quadratmeter sowie die Möglichkeit für Lebensmittelketten, Preise und Rabatte direkt mit den Erzeugern auszuhandeln.

11.7. Eine Kommission unter dem Vorsitz von Alain Juppé und Louis Schweitzer legt ein Weißbuch zur

Außen- und Europapolitik vor, in dem unter anderem eine Neustrukturierung des diplomatischen Dienstes gefordert wird. Vorgeschlagen wird dabei eine Anpassung der Größe der diplomatischen Vertretung an die Bedeutung des jeweiligen Landes. Darüber hinaus sollen „regionale Botschaften“ geschaffen werden, die mit zentralen Aufgaben für eine geografische Region betraut sind.

11.7. Ein Sondergericht in Paris verurteilt die ehemalige Staatsbank *Crédit Lyonnais* zu einer Zahlung von 285 Millionen Euro an den ehemaligen Städtebauminister Bernard Tapie. Dieser hatte im Jahr 1990 als Inhaber des Fußballvereins *Olympique Marseille* die Firma Adidas gekauft. Vom Wiederverkauf im Jahr 1994 hatte der mit dem Geschäft beauftragte *Crédit Lyonnais*, insgeheim Mitglied der Käufergruppe, profitiert. Die Richter sprechen die Bank des Vertrauensbruchs gegenüber Tapie schuldig. 190 Millionen Euro des Betrags gehen wegen hoher Steuerschulden Tapiés direkt an den Staat.

12.7. Im Vorfeld des Gründungsgipfels der „Union für das Mittelmeer“ in Paris trifft Staatspräsident Sarkozy zu diplomatischen Gesprächen unter anderem mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad, dem nach langen Konflikten neu gewählten libanesischen Präsidenten Michel Suleiman und dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert zusammen. Die Staatschefs der Länder Libanon und Syrien kündigen im Anschluss an die Gespräche eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen ihren Ländern an. Diese waren im Jahr 2005 nach dem Mord am früheren libanesischen Ministerpräsidenten Hariri abgebrochen worden. Die libanesische Regierung hatte Syrien eine Verwicklung in den Fall vorgeworfen. Staatspräsident Sarkozy nennt die Annäherung einen „historischen“ Schritt. Auch Olmert und der Palästinenserpräsident Mahmud Abbas treffen in Paris zusammen, um neue Perspektiven des Nahost-Friedensprozesses zu diskutieren.

13.7. In Paris treffen 43 Staatschefs aus der Europäischen Union, Afrika und der Nahost-Region zur Gründung einer „Union für das Mittelmeer“ zusammen. Im Rahmen der Union sollen entscheidende Zukunftsfragen der Region, darunter die Themen Energieversorgung, Umweltschutz und Klimawandel sowie Bildung und Forschung, diskutiert werden. Die Präsidentschaft

der Union wird gemeinsam von einem EU- und einem Nicht-EU-Mitglied ausgeführt, die erste Ko-Präsidentschaft übernehmen Frankreich und Ägypten. Im Zweijahresrhythmus sollen künftig Gipfeltreffen stattfinden. Das von Frankreich entwickelte Projekt soll den im Jahr 1995 initiierten Barcelona-Prozess fortsetzen und neu beleben. Ursprünglich hatte Frankreich eine Union der Mittelmeer-Anrainerstaaten vorgeschlagen, auf Druck anderer EU-Mitgliedstaaten war die Mitgliedschaft jedoch ausgeweitet worden.

14.7. Auf der Luftfahrtmesse im englischen Farnborough schließt die Tochter des europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS, Airbus, einen Vertrag über die Lieferung von 55 Flugzeugen, darunter zehn Großraumflugzeuge A380, an die Fluggesellschaft *Eti-had Airways* aus den Vereinigten Arabischen Emiraten ab. Der Auftrag hat einen Wert von ungefähr 11 Milliarden Euro. Bestandteil des Vertrags ist darüber hinaus die Errichtung eines Airbus-Zuliefererwerks in den Vereinigten Arabischen Emiraten, das ab 2012 als Zulieferer für Airbus Rumpfteile herstellen wird und in dem 3 000 bis 5 000 Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.

14.7. In Begleitung von 37 Staatschefs der Mitgliedstaaten der „Union für das Mittelmeer“, die zum Gründungsgipfel der Union nach Paris gekommen waren, nimmt Staatspräsident Sarkozy an der traditionellen Militärparade aus Anlass des französischen Nationalfeiertags teil. Im Rahmen der Parade wird außerdem der am 2. Juli befreiten ehemaligen Geisel der kolumbianischen Rebellen-Organisation FARC, Ingrid Betancourt, der Orden der französischen Ehrenlegion verliehen.

16.7. Zweieinhalb Jahre nach der Ankündigung der Fusion des staatlichen Energieversorgers *Gaz de France* und des privaten Energiekonzerns *Suez* wird die Verbindung rechtskräftig. Mit einem Gesamtumsatz von circa 71 Milliarden Euro entsteht so der drittgrößte Energiekonzern weltweit.

17.7. Bildungsminister Darcos stellt die Grundzüge einer Reform der Lycées vor, die zum Schuljahresbeginn 2009 in Kraft treten soll. Die Schuljahre sollen demnach in Semester untergliedert und die Zahl möglicher Wiederholungen von Klassenstufen begrenzt werden. Außerdem sollen die Anwesenheitszeiten der Lehrer an

den Schulen verlängert werden, um beispielsweise die Einrichtung von Förderkursen zu erleichtern. Auch die Schaffung neuer Schulfächer, unter anderem in den Bereichen Recht und Wirtschaft, wird erwogen.

20.7. Nach zweijähriger Renovierungszeit wird das Picasso-Museum in Antibes wiedereröffnet. Die Sammlung umfasst etwa 1 000 Werke, darunter auch Keramiken und Skulpturen, die während der Renovierung weltweit in Wechselausstellungen gezeigt worden waren.

21.7. Bei einer Versammlung des Kongresses in Versailles billigen die Senatoren und Abgeordneten nach wochenlangen Verhandlungen mit einer durch eine Stimme Vorsprung erreichten Drei-Fünftel-Mehrheit die von der Regierung vorgelegte Institutionenreform. Dabei stimmen neben den Vertretern des *Parti socialiste* (PS) auch mehrere Vertreter der Regierungsmehrheit gegen die Reform. Die Reform verleiht dem Präsidenten das Recht, vor dem Kongress zu sprechen. Seine Amtszeit wird auf zwei Mandate beschränkt. Zudem werden die Rechte des Parlaments, beispielsweise bei der Verabschiedung von Gesetzen oder der Entscheidung über eine Verlängerung von Auslandseinsätzen der Armee, gestärkt. Für künftige Beitrittsverfahren zur EU wird ein Referendum eingeführt, das jedoch durch eine Parlamentsmehrheit ausgesetzt werden kann. Die Reformvorlage war nach Lesungen im Senat und Parlament bereits stark modifiziert worden.

21.7. Nach dem negativen Referendum der irischen Bevölkerung zum EU-Reformvertrag reist der amtierende EU-Ratspräsident Sarkozy zu Beratungen über die Zukunft der Europäischen Union nach Irland. Er trifft unter anderem mit dem irischen Premierminister Brian Cowen zusammen; allerdings wird für den kommenden EU-Gipfel im Oktober noch kein konkreter Plan zur Lösung der Verfassungskrise erwartet. Wenige Tage vor seinem Besuch hatte Sarkozy gegenüber Vertretern seiner Partei UMP eine Wiederholung der Abstimmung in Irland gefordert und damit Kritik insbesondere bei der irischen Opposition ausgelöst.

22.7. Das Tochterunternehmen des neu fusionierten Energieversorgungskonzerns *Suez – Gaz de France, Suez Environnement*, verzeichnet an seinem ersten Tag an der Börse deutliche Zugewinne seines Aktienwerts. Das in der Wasserwirtschaft und Abfallentsorgung tätige Un-

ternehmen war vom ehemaligen Mutterkonzern *Suez* ausgegliedert worden, um diesem die Fusion mit dem Energieversorgungsunternehmen *Gaz de France* zu ermöglichen. Der Wert der Aktien des Unternehmens steigt am ersten Börsentag um etwa 30 %.

23.7. Bei einem erneuten Zwischenfall im Atomkraftwerk Tricastin werden 100 Beschäftigte kontaminiert. Es handelt sich um den vierten Zwischenfall in einem französischen Atomkraftwerk innerhalb weniger Wochen. Anfang Juli waren ebenfalls in Tricastin 74 Kilo Uran ausgetreten und in angrenzende Flüsse gelangt. Kurz darauf war in einer Brennstäbelfabrik in Romans-sur-Isère Uran frei geworden, bei einer Inspektion in der Nuklearzentrale Saint-Alban waren wenige Tage später 15 Arbeiter kontaminiert worden.

24.7. Premierminister François Fillon und Verteidigungsminister Hervé Morin stellen Details einer Militärreform vor, in deren Rahmen die französischen Militäreinrichtungen neu organisiert und bis zum Jahr 2014 insgesamt 83 Standorte geschlossen werden sollen. **Auch die beiden von Frankreich betriebenen Stützpunkte der Deutsch-Französischen Brigade, Donaueschingen und Immendingen, sind von der Schließung betroffen. Bundeskanzlerin Merkel appelliert an Frankreich, das gemeinsame Projekt nicht aufzugeben.** Für Gemeinden, in denen durch die Schließung von Militäreinrichtungen Arbeitsplätze verloren gehen, sind Entschädigungszahlungen von insgesamt 420 Millionen Euro vorgesehen. Die durch die Reform ermöglichten Einsparungen sollen in die Modernisierung des Militärs investiert werden, für die bis zum Jahr 2020 377 Milliarden Euro zur Verfügung stehen sollen.

24.7. Der Automobilhersteller *Renault* kündigt aufgrund der zu erwartenden schlechten Marktsituation für die kommenden Jahre einen Stellenabbau von 5 000 Arbeitsplätzen in Europa an, obwohl der Gewinn im ersten Halbjahr 2008 deutlich angestiegen war.

25.7. Im Rahmen einer Auslandsreise als Präsidentschaftskandidat der USA trifft Barack Obama in Paris ein. Nach Besuchen in Afghanistan, Irak, Israel und Deutschland führt er Gespräche mit Staatspräsident Sarkozy, unter anderem zu den Themen Iran und Afghanistan. Im Anschluss reist Obama zum Abschluss seiner Reise nach Großbritannien weiter.

25.7. Beim ersten Gipfeltreffen zwischen Frankreich und Südafrika in Bordeaux kommen Staatspräsident Sarkozy und der südafrikanischen Präsident Thabo Mbeki sowie EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso zusammen. Sarkozy kündigt Mbeki weitere Unterstützung bei dessen Vermittlungsbemühungen im südafrikanischen Nachbarland Simbabwe an, lehnt jedoch direkte Verhandlungen mit dem Präsidenten Simbabwes, Robert Mugabe, ab. Die EU hatte den von Mugabe proklamierten Wahlsieg nicht anerkannt und drängt auf Neuwahlen.

25.7. Die französischen Austernbestände im Atlantik und im Mittelmeer sind von einer durch Bakterien und Viren ausgelösten Seuche befallen, die nach Angaben von Austernproduzenten inzwischen je nach Region 40 bis 100 % der einjährigen Jungaustern zerstört hat, welche die Ernte im Jahr 2010 sichern sollen. Landwirtschaftsminister Michel Barnier kündigt den betroffenen Austernproduzenten staatliche Unterstützung an.

27.7. Der Spanier Carlos Sastre vom Team CSC gewinnt die 95. Ausgabe der Tour de France. Nach den zahlreichen Doping-Skandalen, die im letzten Jahr zum Ausschluss mehrerer Spitzenfahrer geführt hatten, hatte das Tour-Management die staatliche Anti-Doping-Agentur AFLD mit Kontrollen beauftragt. In diesem Jahr waren erneut drei Fahrer des EPO-Dopings überführt und von der Tour ausgeschlossen worden.

28.7. Die Fluggesellschaft *Emirates* übernimmt in Hamburg den ersten von 58 bestellten Großraumflugzeugen A380 des Flugzeugbauers Airbus. Gleichzeitig werden Bestellvereinbarungen über weitere Flugzeuge im Wert von etwa 7,5 Milliarden Euro unterzeichnet.

29.7. Die Geschäftsführerin des Telekommunikationsausrüsters *Alcatel-Lucent*, Patricia Russo, sowie der Verwaltungsratspräsident des Unternehmens, Serge Tchuruk, legen ihre Ämter nieder. Der Konzern war im Jahr 2006 aus der Fusion des französischen Konzerns *Alcatel* und des amerikanischen Unternehmens *Lucent Technologies* hervorgegangen. Seit der Fusion hatte der Konzern hohe Verluste verbucht, der Aktienwert war deutlich gefallen. Auf die Ankündigung des Rücktritts der beiden Vorstandsvorsitzenden reagiert der Aktienkurs mit einem Anstieg um 4,5 %.

August

1.8. Überraschend sagt der 2005 privatisierte Energiekonzern *Electricité de France* (EDF) ein angekündigtes Übernahmeangebot für den britischen Energiekonzern *British Energy* im Wert von etwa 15 Milliarden Euro ab. Durch die Übernahme der acht Atomkraftwerke hätte EDF seine Stellung als weltweit führender Konzern in der Atomenergie ausbauen können. EDF-Chef Pierre Gadonneix kündigt für die Zukunft dennoch mögliche Beteiligungen am britischen Energiemarkt an.

5.8. Die Regierung Ruandas stellt einen Untersuchungsbericht über die Rolle Frankreichs während des Völkermords in Ruanda im Jahr 1994 vor. Darin wird französischen Offizieren und Politikern, darunter dem damaligen Staatspräsidenten François Mitterrand und dem damaligen Premierminister Dominique de Villepin, Mitschuld an den Verbrechen gegenüber der Tutsi-Minderheit durch die Hutu-Regierung vorgeworfen, denen 800 000 Menschen zum Opfer gefallen waren. So soll die französische Armee die Hutu-Regierung mit Waffen beliefert und ausgebildet haben. Französische Soldaten sollen auch direkt an der Ermordung und Vergewaltigung von Tutsi beteiligt gewesen sein. Die ruandische Regierung unter Präsident Paul Kagame schließt eine Anklage französischer Politiker nicht aus.

6.8. Die Atomaufsichtsbehörde ASN informiert die Öffentlichkeit über einen erneuten Zwischenfall in der Atomanlage Tricastin. Bei der Entsorgung von nuklearem Abfall war das radioaktive Isotop Kohlenstoff-14 ausgetreten. Es handelt sich bereits um den dritten Zwischenfall in Tricastin und den fünften in ganz Frankreich innerhalb weniger Wochen.

8.8. Staatspräsident Sarkozy nimmt an der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Peking teil. In einem Interview mit der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua lobt er die Organisation der Spiele und betont die „historische, zuverlässige und unerschütterliche Freundschaft“ zwischen Frankreich und China. Aufgrund der politischen Situation in Tibet und der Menschenrechtssituation in China war in mehreren Ländern, darunter auch in Frankreich und Deutschland, über einen Olympiaboykott diskutiert worden. Bundeskanzlerin Merkel nimmt nicht an der Eröffnungsfeier teil.

11.8. Der Dalai Lama, das geistliche Oberhaupt der Tibeter, beginnt einen zwölfwägigen Besuch in Frankreich, bei dem er unter anderem einen buddhistischen Tempel in Veneux-les-Sablons weiht. Staatspräsident Sarkozy hatte, anders als seine Amtskollegen Merkel, Brown und Bush im Verlauf des Jahres 2008, ein Treffen mit dem Dalai Lama abgelehnt. Der chinesische Botschafter in Paris hatte Frankreich im Falle eines Treffens mit ernsthaften Konsequenzen für das chinesisch-französische Verhältnis gedroht. Kritiker vermuten hinter der Entscheidung Sarkozys in erster Linie Rücksichtnahme auf geplante Wirtschaftsverträge zwischen französischen Atomkonzernen und der Volksrepublik.

12.8. Nach dem Beginn kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen Russland und Georgien um die abtrünnige georgische Provinz Südossetien reist Staatspräsident Sarkozy zu Gesprächen nach Moskau und Tiflis. Er trifft dort in seiner Rolle als EU-Ratspräsident mit dem russischen Präsidenten Dmitri Medwedjew sowie dem georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili zusammen. Beide erkennen im Anschluss den von der EU vorgelegten Friedensplan als Basis einer Konfliktlösung an. Der Plan, der die Grundlage für eine UN-Resolution bilden soll, umfasst einen Gewaltverzicht von beiden Seiten sowie die Zusicherung humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung. Medwedjew hatte jedoch bereits vor dem Eintreffen Sarkozys die Einstellung der Kriegshandlungen befohlen.

15.8. In Paris und im südfranzösischen Wallfahrtsort Lourdes feiern etwa 50 000 Pilger, deutlich mehr als im letzten Jahr, das katholische Hochfest Mariä Himmelfahrt. Die Feierlichkeiten stehen im Zeichen des Papstbesuchs in Frankreich, der für den 13. bis 15. September geplant ist.

18.8. Nach dem Bekanntwerden eines Rückgangs des Wirtschaftswachstums um 0,3 % im zweiten Quartal 2008 treten in Paris Teile des Kabinetts, darunter Premierminister Fillon und Finanzministerin Lagarde zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen. Es handelt sich um den ersten Wachstumsrückgang seit fünf Jahren. Für die Situation werden insbesondere die Lage an den Weltmärkten, der hohe Ölpreis sowie die Immobilienkrise verantwortlich gemacht.

19.8. Bei einem Anschlag durch Taliban-Kämpfer auf die Internationale Schutztruppe ISAF in Afghanistan werden zehn französische NATO-Soldaten getötet und 21 weitere verletzt. Staatspräsident Sarkozy reist umgehend nach Afghanistan, bekräftigt jedoch zugleich den Willen zu einer Fortsetzung des französischen Engagements. Im Juli war eine Aufstockung des französischen Kontingents auf 2 600 Soldaten angekündigt worden.

22.8. Am Tag vor seiner Abreise nach einem mehrtägigen Besuch in Frankreich trifft der Dalai Lama im südfranzösischen Roqueredonde Außenminister Bernard Kouchner, die Staatssekretärin für Menschenrechte Rama Yade sowie die Präsidentengattin Carla Bruni-Sarkozy. Staatspräsident Sarkozy hatte dagegen auf ein Treffen mit dem Dalai Lama verzichtet und damit auf die Androhung von „*ernsten Konsequenzen*“ von Seiten der chinesischen Regierung reagiert.

24.8. Die französische Olympiamannschaft gewinnt in Peking insgesamt 40 Medaillen, darunter sieben Goldmedaillen. Dennoch verliert Frankreich im internationalen Klassement gegenüber dem Vorjahr drei Plätze und erreicht Platz zehn. Erfolgreichster französischer Athlet ist der Schwimmer Alain Bernard mit jeweils einer Gold-, Silber- und Bronzemedaille.

24.8. Zur Vorbereitung eines Staatsbesuchs von Staatspräsident Sarkozy reist Außenminister Kouchner in den Libanon und nach Syrien. Er betont die Bedeutung der im Rahmen des Gründungsgipfels der „Union für das Mittelmeer“ in Paris gemachten Zusagen der beiden Staatshäupter, die Beziehungen zwischen ihren Ländern zu verbessern. Am 13. August hatte in Damaskus das erste syrisch-libanesische Gipfeltreffen seit drei Jahren stattgefunden, auf dem die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen beschlossen wurde.

25.8. Beim Besuch einer Grundschule in Maine-et-Loire nennt Bildungsminister Xavier Darcos Details der geplanten Bildungsreform. Dabei gehe es vor allem um eine Aufwertung des Lehrerberufs, unter anderem durch eine Erhöhung der Gehälter. Ab dem Schuljahresbeginn 2010 soll die Lehrerbildung zudem ausgeweitet und ins universitäre System integriert werden. Bereits zum Schuljahr 2008 treten wichtige Änderungen im Grundschulsystem in Kraft, darunter die Einführung des schulfreien Samstags.

26.8. Drei Tage vor Beginn der traditionellen Sommerakademie des *Parti socialiste* in La Rochelle kündigt der Bürgermeister von Paris, Bertrand Delanoë, seine Kandidatur für den Parteivorsitz in der Nachfolge von François Hollande an. Bereits im Mai hatte die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal ihre Kandidatur für das Amt angekündigt. Auch Parteisprecher Julien Dray und der ehemalige Europaminister Pierre Moscovici hatten ihre Kandidatur bekanntgegeben. Der Parteivorsitzende wird auf dem Parteitag der Sozialisten im November in Reims gewählt werden.

27.8. Bei der 24. Botschafterkonferenz im Elysée-Palast hält Staatspräsident Sarkozy eine außenpolitische Grundsatzrede, in der er auf die internationale Situation sowie die Positionierung Frankreichs seit seiner Amtsübernahme eingeht. Dabei betont er die bedeutende Rolle der Europäischen Union auf der internationalen Bühne, beispielsweise im aktuellen Kaukasus-Konflikt, sowie die Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan, wo die französischen Truppen deutlich aufgestockt werden sollen. Außerdem spricht er sich für eine Erweiterung des UN-Sicherheitsrates sowie der G8-Gruppe aus.

28.8. Staatspräsident Sarkozy präsentiert Details zum geplanten System einer Mindestsicherung *Revenu de solidarité active* (RSA), das vor allem geringverdienenden Arbeitnehmern zugute kommen soll. Die Mindestsicherung soll ab 1. Juli 2009 bisherige Sozialhilfemodelle, beispielsweise den *Revenu minimum d'insertion* (RMI), ersetzen. Finanziert wird das System durch eine Steuer in Höhe von 1,1 % auf Kapitaleinkünfte. Der RSA soll vor allem für Arbeitslose Anreize für eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt schaffen. Arbeitgeberverbände kritisieren die Reform aufgrund der steigenden steuerlichen Belastung für die Unternehmen.

28.8. Der Chef der französischen Post stellt Pläne für eine schrittweise Teilprivatisierung des Staatsbetriebes und seine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft vor. Dies soll der Post eine stärkere Stellung auf dem internationalen Markt sichern und Partnerschaften mit anderen Unternehmen ermöglichen. Premierminister Fillon sichert eine Prüfung des Vorhabens zu. Zum 1. Januar 2011 wird der EU-Postmarkt vollständig freigegeben.